

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den 1. abend. Bezugspreis: Bei Abholung in Wilsdruff 2 Mk., im Voraus 2 Mk., bei Bestellung durch die Post 2,30 Mk., bei Postbestellung 2,50 Mk. (Postgebühr).  
Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend  
Wilsdruff, den 20. Februar 1926

Abgabe des Tagesblattes: Die 2. und 3. Ausgabe des Tagesblattes ist gratis, die 4. Ausgabe des Tagesblattes ist gegen Entgelt zu beziehen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6  
Abgabe des Tagesblattes: Die 2. und 3. Ausgabe des Tagesblattes ist gratis, die 4. Ausgabe des Tagesblattes ist gegen Entgelt zu beziehen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 44 — 85. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Sonnabend 20 Februar 1926

## Nach den Fitterwochen.

Über Vermutungen im Gegensatz zu Liebeshehen ist schon viel gespöttelt und gewispelt worden; schon in den guten alten Zeiten, wo man anstandslos jede Vermutung als eine Liebeshehe gelten ließ, weil eine hübschweigende gesellschaftliche Übereinkunft es so haben wollte. Heute hat auch in diesem Punkt eine unergiebliche Nüchternheit Platz gegriffen und die Jugend weitestgehend förmlich mit dem Alter in der einbildungsfähigen Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse.

Muß dieser Wandel der Dinge sich nicht ganz natürlich auch auf politische Ehen übertragen? Das zweite Ministerium Luther, eine Minderheitsregierung, wie sie im Buche steht, hat sich allem Volke vom ersten Tage seines Bestehens an als eine Vermutungshehe ausgegeben, als eine aus der Not geborene Zweckgemeinschaft, die nur durch den Zwang der Verhältnisse, keinesfalls durch wärmere Gefühle der einzelnen Teile, zueinander zusammengeführt und zusammengehalten werde. Und wenn es noch eines Beweises für die Richtigkeit dieser Auffassung bedürft hätte, so wurde er schon bei dem ersten parlamentarischen Auftreten der neuen Regierung erbracht, indem beim Abschluß der allgemeinen Aussprache eine immerhin nicht unwichtige Geschäftsordnungsfrage gegen den ausgesprochenen Wunsch des Reichstages entschieden wurde. Etwas Ähnliches ist jetzt wieder passiert. Diesmal im Haushaltsausschuß, der sich gleichfalls einer ausdrücklichen Forderung Dr. Luthers verweigerte, wobei ein Teil der Regierungsparteien für, ein anderer gegen die Regierung stimmte. Grund genug für Herrn Luther, den erzürnten Gemann zu spielen und gegen die unfolgsame Hausgenossin gehörig aufzutrompseln. Nach wurde diese erste Unstimmigkeit wieder behoben, aber doch nur mit Opfern von beiden Seiten. Es kommt hinzu, daß auch der Reichsjustizminister Dr. Marx schon den mehr linksgerichteten Teil der Regierungsgesellschaft durch seine Zielvorgabe zu gewissen Reichsgerichtsurteilen ebenso wie durch sein Eintreten für den Großadmiral von Tirpitz nicht unerheblich verärgert hat. Und zuletzt sind auch die Worte des Kabinetts gegen die entschuldigungslose Entlassung der Fürstenthauer, die jetzt zum Gegenstand eines Volksentscheids gemacht werden soll, von den unbedingten Anhängern dieser Forderung, also auch von der zur Regierung gehörigen Demokratie, nicht gerade mit Begeisterung aufgenommen worden. Alles in allem genommen ein bißchen viel Unstimmigkeiten für eine so junge Ehe; man weiß nicht, was noch werden mag.

Doch würde man sich sehr täuschen, wollte man glauben, daß der Reichstag nur immer auf der Suche nach Zweifeltäten sei, nach Hebeln und nach anderen. Abgesehen davon, daß er offensichtlich dem Ziele zustrebt, den Haushaltsplan für 1926 unter allen Umständen bis zum 1. April, seit vielen Jahren also wieder einmal rechtzeitig aufzustellen, hat er sich soeben zu einer Tat der Einmütigkeit und der Ernsthaftigkeit aufgerafft, die ihn zur Ehre gereicht. Man hat einen interfraktionellen Ausschuß zur Vorbereitung von Leibesübungen eingesetzt, in den auch Vertreter der schon seit Jahren bestehenden Spitzenverbände für Leibesübungen zu gemeinsamer Arbeit im Interesse der Volksgesundheit herangezogen werden sollen. Natürlich geht es zunächst um Geld und abermals um Geld; nur mit sozusagen privater Begeisterung und Mitarbeit läßt sich unter den heutigen Verhältnissen eine so große und so ungemein wichtige Sache wie diese auf die Dauer nicht betreiben, wenigstens nicht mit den Erfolgen, die nötig sind, um den bedrohlichen Rückgang der Volksgesundheit aufzuhalten. Also sollen einmal ein paar Reichsmillionen in denbeutel getan werden, für die wohl auch die Herren Dr. Luther und Reinhold zu haben sein werden. Und dann soll mit dem neuen Reichstagsausschuß ein Kraftzentrum für die ganze Bewegung geschaffen werden, die noch in ganz anderem Umfang als bisher das Volk in allen seinen Ständen und Schichten ergreifen muß.

Hier also hat man freies Feld gewonnen für eine Gemeinschaftsarbeit, die keine Parteien kennt, sondern nur Deutsche, deutsche Jungen und deutsche Mädchen, deutsche Jugend und deutsches Alter, die ausgesprochenen Arbeitssportvereine zusammenführt mit nationalen Turnverbänden, die die gewiß unparteiische ärztliche Wissenschaft in ihren hervorragendsten Vertretern in segensreiche Verbindung bringt mit dem blühenden Leben des deutschen Volkes und die auch der sich vielfach zersplitternden Wirksamkeit der Länder und Gemeinden auf diesem Gebiet einen einheitlichen Zug und eine einheitliche Richtung geben kann. Seit fünf Jahren schon waren die Vorkämpfer dieser Bewegung um einen solchen interfraktionellen Ausschuß bemüht, aber die ewige Unruhe unserer inneren Politik, der ständige Wechsel von Regierungen und Mehrheitsbildungen ließ hier keine ersprießliche Tat aufkommen, obwohl keine Partei sich der großen Bedeutung dieser im wahrsten Sinne des Wortes vaterländischen Bestrebungen entziehen konnte.

Das Ding will eben Weite haben in Deutschland; man wendet keine Aufmerksamkeit viel lieber den aufregenden Ereignissen zu, die mit Laut und Staub, mit Sieg und Niederlage dieser oder jener Richtung verlaufen sind,

## Die wirtschaftliche Entwicklung

### Erhöhte Unterstützung der Erwerbslosen.

Das von dem Reichskanzler Dr. Luther und dem Reichsfinanzminister Dr. Reinhold entwickelte Finanzprogramm der Regierung unterlag im Haushaltsausschuß des Reichstages eingehender Aussprache. Inzwischen ist der Zwischenfall, der sich Donnerstag dadurch ereignete, daß ein Teil der Regierungsparteien gegen die Wünsche des Reichskanzlers stimmte, beigelegt worden. Ursache des Konflikts war im wesentlichen die Frage der Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. In einer Besprechung der Regierung mit den Regierungsparteien einigte man sich auf einen Antrag der Regierungsparteien, daß auf dem Wege der Bekämpfung die Unterstützungssätze der Erwerbslosen in Klasse A, B und C für Kleinrentner unter 21 Jahren um 20 %, über 21 Jahren um 10 %, für alle übrigen Hauptunterstützungsfälle ebenfalls um 10 % erhöht werden sollen, während in der Kurzarbeiterfrage die Regierung den Beschluß des Sozialpolitischen Ausschusses akzeptiert hat, der dahin geht, den Kurzarbeitern für den dritten, vierten und fünften ausgefallenen Arbeitstag den Vollerwerbslohn zu vergüten.

### Abgabe der Sozialdemokratie.

Im Namen der Sozialdemokratischen Partei erklärte Abg. Dr. Hergt bei der Debatte im Haushaltsausschuß, wenn tatsächlich der Reichsstaat so angepannt sei, daß keine Mehrausgabe möglich ist, dann müsse das Steuerentlastungsprogramm noch kritischer angesehen werden als vorher. Zu der vom Reichsfinanzminister geforderten Notgemeinschaft für die Durchführung seines gewagten Experiments fehle die Zustimmung der Sozialdemokratie, die nicht überzeugt sei, daß eine allgemeine Überlastung der Wirtschaft mit Steuern vorliege. Die Senkung der Umsatzsteuer könne die von ihr erhoffte wirtschaftsfördernde Wirkung nur dann haben, wenn damit entsprechende Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik verbunden würden. Die jetzige Wirtschaftskrise beruhe auf der Abschlachtung infolge der mangelnden Kaufkraft der deutschen Bevölkerung, die ein Ergebnis der Zoll- und Steuerpolitik der früheren Regierung darstelle.

### Unbestimmte Haltung der Deutschnationalen.

Für die Deutschnationale Partei führte Abg. Hergt aus, die Reden des Reichskanzlers und des Reichsfinanzministers hätten seiner Partei noch keine Veranlassung oder Möglichkeit gegeben, eine bestimmte Stellung einzunehmen. Für die Erwerbslosen müsse sofort etwas geschehen. Keine Partei wird sich dem Appell entziehen, daß eine Notgemeinschaft zur Bekämpfung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise gebildet werden soll. In der Rede des Finanzministers sehen wir einen Mangel an klaren Finanzbegriffen. Man kann die für Ausgaben festgelegten Summen nicht zur Deckung des Defizits verwenden; das Defizit würde dann später doch wieder da sein. Der

wenn auch keine reine Freude dabei zu holen ist. Leibesübungen — Freiluftbewegungen? Ausgezeichnet — für andere Leute! Was ein richtiggehender Parlamentarier ist, beschränkt seinen persönlichen Bedarf an solchen Dingen auf den Zanderaal, der Tag und Nacht im Ballhaus zu seiner Verfügung steht. Dafür muß er jeden Augenblick bereit sein, auf den parlamentarischen Kampfplatz zu stürzen, in das Kampfgerüst der Parteien, um dort mit Mund und Hand seine Volkspflicht zu erfüllen. So war es bisher, so wird es auch wohl weiter bleiben trotz der preiswürdigen Gemeinschaftsarbeit des interfraktionellen Reichstagsausschusses für Leibesübungen. Aber immerhin, ein Anfang zur Besserung kann mit ihm doch schon gewonnen sein — vielleicht auch für unsere lieben Parlamentarier. Dr. S. u.

### Rücktritt Dr. Haslindes?

Herr von Nibhofen neuer Ernährungsminister? In politischen Kreisen verlautet, daß der Reichsernährungsminister, Dr. Haslinde, der durch Krankheit gegenwärtig an der Ausübung seines Amtes verhindert wird, nicht wieder in sein Ministerium zurückkehren wird. Er soll dafür das Ministerium der besetzten Gebiete übernehmen. Als Kandidat für den Posten des Reichsernährungsministers wird Herr von Nibhofen genannt, der bis vor einiger Zeit deutschnationaler Reichstagsabgeordneter war, sein Mandat aber kürzlich niedergelegt hat. Zwischen Dr. Haslinde und seinen Beamten soll es übrigens zu Unstimmigkeiten gekommen sein, da der neue Minister von ihnen sabotiert worden sein soll.

Reichsfinanzminister zeigt in bezug auf die Entwicklung einen großen Optimismus. Er scheint ganz die Möglichkeit zu übersehen, daß auch neue Ausgaben entstehen können. Wie denkt sich der Minister deren Deckung? Welche neuen Steuern will er zur Deckung des Defizits einführen?

### Rede Dr. Luthers.

„Gegen die Regierung ist der Vorwurf der Planlosigkeit erhoben worden. Das Programm der Regierung wird aber ganz fest bestimmt durch die Überzeugung, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, wo wir eine grundsätzlich andere Stellung zu unserer Steuerpolitik einnehmen können und müssen als im Herbst 1923. Damals war das große Vorzeichen unserer Finanzpolitik: Rettung und Schutz der Währung! Erst die Einführung der Goldwährung, die allerdings auch jetzt noch nicht die freie Umtauschbarkeit umfaßt, und das Vereinfachen ausländischer Anleihen konnte unserer Steuerpolitik allmählich andere Bahnen weisen. Da jetzt nicht nur die Währung gesichert ist und Auslandsanleihen herbeigekommen sind, sondern auch der große Prozeß der Reinigung der Wirtschaft von künstlichen Erfindungen weit vorgeschritten ist (nicht ohne schwere und schmerzliche Opfer), muß jetzt an Stelle der Wahrung als

### Wahrzeichen unserer Politik die Wirtschaft

treten. Das sei eine Fortsetzung der bisherigen Linie. Wir müssen den im Grunde gesunden Teil der Wirtschaft mit allen Kräften wieder aufbauen. Dazu müsse man sie von öffentlichen Lasten soviel wie möglich befreien. Es handele sich nicht nur um Steuerentlastungen, sondern auch um den Entschluß, die Ausgaben des außerordentlichen Etats auf Anleihen zu verweisen.“ Der Kanzler wandte sich dann der

### Preisentlastungsaktion

zu. Er schilderte die Maßnahmen, die gegen die Mißbräuche des Kartellwesens ergriffen wurden und weiter ergriffen werden. Eine Umstellung der Wirtschaft auf normale Verhältnisse sei erst wieder möglich gewesen, als die Regelung der Aufwertungsfrage gesetzliche Grundlagen bekam und nachdem ein festes Steuersystem wieder geschaffen worden sei. Die Zollgesetzgebung, die in ihrer Art durch die Schutzollentwicklung im übrigen Europa notwendig geworden sei, habe überhaupt erst die Grundlage zum Abschluß von Handelsverträgen gegeben. Dabei habe es sich darum gehandelt, neben der Kräftigung des inneren Marktes den Warenaustausch in Europa und der Welt und so das gesamte Wirtschaftsleben zu fördern.

### Annahme der Anträge.

Nach Ablehnung kommunistischer und sozialdemokratischer Anträge wird bei der Abstimmung der Antrag der Regierungsparteien auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung im beantragten Maßstabe mit den Deutschnationalen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Angenommen wird auch eine Entschleunigung der Regierungsparteien, in der ein Einschreiten gegen unbedingte Ausnutzung der Erwerbslosenunterstützung veranlaßt wird.

## Friedensmiete erst zum 1. Juli?

Vor einem entsprechenden Reichsgesetz.

Wie in Berlin in gutunterrichteten Kreisen verlautet, besteht bei der Reichsregierung die Absicht, die Frist für die Erreichung der Friedensmiete zu verlängern. Durch Reichsgesetz ist bestimmt, daß überall im Reich die Friedensmiete ab 1. April d. J. erhoben wird. Wahrscheinlich wird die Frist reichsgesetzlich bis 1. Juli verlängert werden.

Maßgebend für die Absicht der Reichsregierung ist, daß in einzelnen Ländern, so z. B. in Sachsen, erst 87 % der Friedensmiete erhoben werden und der Sprung von 13 % für die Bevölkerung zu hoch wäre. Auch begegnet sich das beabsichtigte Entgegenkommen der Regierung mit zahlreichen Wünschen, die aus den Kreisen der minderbemittelten Klassen ausgesprochen worden sind.

## Gegen die Vermehrung der Ratsfige

Rundgebung des Auswärtigen Ausschusses.

Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages berichtete Reichsaussenminister Dr. Stresemann über den Stand der derzeitigen Verhandlungen, die sich auf die Verkürzung des Völkerbundes bezögen. Nach einer umfangreichen Aussprache wurde ein kommunistischer Antrag, das Einritzgesetz Deutschlands in den Völkerbund zurückzuführen, gegen 9 Stimmen abgelehnt. Hieran wurde vom Vorsitzenden, Abg. Hergt (Din.), festgestellt, daß — unbeschadet der grundsätzlichen Stellungnahme der einzelnen Parteien zum Völkerbund — im übrigen von sämtlichen Parteien des Ausschusses mit